

Skandalöse Abschiebung aus Marburg gescheitert. Jetzt müssen Perspektiven her!

In ihrer Ausgabe vom 18.02.2019 berichtet die Oberhessische Presse über einen Abschiebe-Skandal, der sich in Marburg abgespielt hat. Eine Frau, schwanger im achten Monat, sollte zusammen mit Mann und zwei kleinen Kindern nach Algerien abgeschoben werden. Dort wartet eine salafistische Familie auf sie, der sie vor einigen Jahren zusammen mit ihrem Mann entkommen ist. Sie sollte mit einem anderen, älteren Mann zwangsverheiratet werden. Auf ihren jetzigen Mann wartet nach der Rückkehr eine langjährige Haftstrafe wegen angeblicher Entführung seiner Frau, auf Frau und Kinder im durchaus wahrscheinlichen schlimmsten Fall Ehrenmord, im günstigsten Fall bedingungslose Unterordnung unter die Fuchtel eines islamistischen Familienoberhaupts für die Frau und zwangsweise salafistische Erziehung für die Kinder. Der Kapitän des Abschiebeflugs hat sich erfolgreich gegen die Abschiebung der Frau gewehrt, weil sie in seinen Augen nicht transportfähig war. Ein Gynäkologe für den Notfall stand auch nicht bereit.

Hier ist die Dokumentation des heutigen Zeitungsberichts:

<h1>Abschiebung von Schwangerer aus Marburg platzt</h1> <p>Abschiebe-Zahlen in Hessen massiv gestiegen</p> <p>In Marburg ist die Abschiebung einer hochschwangeren Frau gescheitert. Grund: Der Flugzeugpilot weigerte sich, die ärztlich als Risikopatientin geltende Algerierin mitzunehmen.</p> <p>von Björn Wisler</p> <p>Marburg. Die Bundesbehörden wollten Mitte Januar eine 30-Jährige und ihre Familie aus Cappel nach Nordafrika abschieben. Ein ärztliches Attest, wonach die Frau im 8. Monat schwanger war, aus medizinischen Gründen als flugunfähig gilt und der Mann eine schriftliche Zusage für einen Arbeitsplatz bei einer Marburger Firma hat, ignorierten die Behörden. Der Flugzeugpilot am Frankfurter Flughafen verweigerte die Mitnahme der Passagiere mit Verweis darauf, dass</p> <p>kein Facharzt an Bord sei. Entsprechende OP-Informationen hat die Polizei Marburg bestätigt.</p> <p>In Marburg leben nach Angaben der Stadt aktuell 271 Asylbewerber – einschließlich derer, die sich noch im Klageverfahren befinden. Zudem sind 75 Geduldete, also Ausreisepflichtige, bei denen die Behörden vorübergehend auf Abschiebung verzichten, registriert. Das für Abschiebungen zuständige Regierungspräsidium Gießen spricht auf OP-Anfrage bei Schwangeren-Abschiebungen von stets erfolgenden „Einzelfallprüfungen“, bei im Vorfeld von Ärzten festgestellten Reiseunfähigkeiten erteile die zuständige Ausländerbehörde der Betroffenen eine Duldung – eigentlich. Insgesamt wurden laut RP im vergangenen Jahr 1 754 Menschen abgeschoben – 600 mehr als noch im Vorjahr. Bundesweit scheiterten vergangenes Jahr 8 000 Abschiebungen am Abschiebetag selbst. Seite 4</p>	<h3>Da stellen sich doch Fragen:</h3> <ul style="list-style-type: none">• Warum haben die Behörden seit Jahren Augen und Ohren verschlossen, wenn die Familie ihren Fall vorgetragen hat?• Wer ist eigentlich zuständig? Vermutlich die Zentrale Ausländerbehörde in Gießen, die über das Regierungspräsidium direkt der Landesregierung unterstellt ist.• Wie wird der Hessische Landtag auf eine Petition reagieren, die inzwischen unterwegs ist und auf Bleiberecht für die Familie zielt?• Welchen Beitrag können Magistrat und Ausländerbehörde der Universitätsstadt Marburg zu einer humanitären Lösung leisten?• Wovon soll die Familie eigentlich leben, wenn ihr jetzt wegen der vom Flugkapitän verhinderten Abschiebung die Mittel für den Unterhalt massiv gekürzt werden? <p>Kurt Bunke, 18.02.2019</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Familie erlebt Abschiebe-Albtraum

Trotz ärztlich bescheinigter Reise- und Fluguntauglichkeit haben die Behörden eine Frau nach Algerien abschieben wollen

Fatima Abidi und Tarek Ramdani werden den 18. Januar 2019 wohl nie vergessen. Samt ihrer zwei Kleinkinder wurden sie aus ihrer Wohnung gezerrt – zur Abschiebung. Und das, obwohl die 30-Jährige hochschwanger ist.

Fortsetzung von Seite 1
von Björn Wisker

Marburg. Ihre Hände zittern, sein Blick ist auf den Boden gerichtet, die Kinder bleiben stumm. Das, was an diesem Januartag, einem Freitag, ab 6.30 Uhr erst in der Breslauer Straße, dann später am Flughafen Frankfurt passiert ist, hat Narben auf ohnehin geschädigten Seelen hinterlassen. „Das war ein unerträglicher Horrorfilm, aber ich konnte ihn nicht ausschalten“, sagt Abidi in einem weitgehend flüssigen Deutsch, dem man einen arabischen und eine Prise französischen Akzent anhört. „Gegen so viel Herzlosigkeit bin ich machtlos. Das schmerzt“, sagt ihr 35-Jähriger, wie sie aus Algerien stammender Ehemann Tarek Ramdani.

Was ist passiert? Ein Hämmern, laute Rufe reißen die Familie aus dem Schlaf. Die Wohnungstür fliegt auf, mehrere Polizisten stehen im Flur, schreien – so schildern es jedenfalls Abidi und Ramdani – die vierjährige Mirel und die zweijährige Maria an. Die Erwachsenen verstehen nur ein Wort: „Abschiebung“. Die Polizei Marburg bestätigt auf OP-Anfrage den Einsatz, der eine „Vollzugshilfe“ des für Abschiebungen zuständigen Regierungspräsidiums Gießen (RP) gewesen sei. Marburger Polizisten und ein Transportkommando der Bereitschaftspolizei seien dabei gewesen. Was folgte, ist laut Abidi Geschrei, Tränen, vor allem Angst. Die Familie packt das Nötigste zusammen, informiert per Handy ihre einzige Vertraute, Anna Radke, über den Einsatz.

Ex-Studienrätin Radke, seit 2017 ehrenamtliche Sprachlehrerin der Familie, hetzt von ihrer Innenstadtwohnung nach Cappel. „Totale Herzlosigkeit musste ich dort erleben“, sagt die 78-Jährige. Sie habe die Beamten angefleht, sie wenigstens trösten zu dürfen, gebettelt, dass man von der Abschiebung absehe. Antwort: Man befolge nur Befehle.

Dabei weist eine medizinische Begutachtung, die der OP vorliegt, Abidi als Risikoschwangerschafts-Patientin aus. Es besteht laut ärztlicher Einschätzung, die aus November 2018 und Janu-

ar 2019 stammt, eine „Reise- und Fluguntauglichkeit“, aus medizinischer Sicht sei eine Abschiebung „nicht möglich“. Wie Gerichte in den vergangenen Jahren übereinstimmend urteilten, begründet eine Risikoschwangerschaft – das Kind soll im März geboren werden – ein „temporäres Abschiebungshindernis“. Juristen stellen dabei auf die besondere Schutzbedürftigkeit sowie gesetzliche Mutterschutzfristen, also auch bis acht Wochen nach der Geburt, ab. Das RP verweist auf OP-Anfrage jedoch auf die grundsätzliche Rechtmäßigkeit von Schwangeren-Abschiebungen, auf „Einzelfallprüfungen“.

Die Algerier wurden sodann zum Flughafen Frankfurt gebracht, wo sie am frühen Abend hätten ausgeflogen werden sollen. Abidi erinnert sich dabei vor allem an ihre Schmerzen, die Schreie von ihr und den Kindern, die Sorge um das ungeborene Baby im Bauch. „Wir sind Menschen, keine Hunde.“

Flucht aus Liebe wegen der Salafisten-Sippe

Im Jahr 2011 – also weit vor dem Flüchtlingsstrom, der in Deutschland erst eine Willkommenskultur und dann eine immer strengere Asylpolitik auslöste – floh das Liebespaar vom algerischen Annaba nahe der tunesischen Grenze gen Westen, setzte in einem Küstenort mit einem Boot – und für 3000 Euro an einen Schleuser – über das Mittelmeer ins spanische Alicante über. Von dort ging es für die Algerier über Valencia und Paris nach Frankfurt.

Wieso überhaupt die Flucht? „Zwangsheirat – ich darf nicht den Mann, den ich liebe, heiraten und das akzeptiert meine Familie nicht“, sagt Abidi. Ihre Familie, so erzählt sie, seien Salafisten – ultrakonservative Muslime, bei denen vor allem Frauen „wie im Gefängnis, wie Sklaven gehalten werden“. Nach dem Tod ihres Vaters vor 20 Jahren habe dessen Bruder das Sagen in der Familie übernommen und kontrolliere jeden Schritt. „Wir wurden wie Vieh, wie Sklaven gehalten.“ Seit sie zwölf Jahre alt war, sei sie, Fatima, „gnadenlosen Monstern“ ausgeliefert gewesen. Einen Nicht-Salafisten wie Tarek akzeptierte die Familie nicht in der Nähe, nicht als Gesprächspartner ihrer Tochter, schon gar nicht als Ehemann, den sie dann in einer Marburger Moschee heiratete.

Resultat: Kehrt sie zurück, wird sie, da ist sie sich sicher, getötet. „Ehrenmord“ – und zwar nicht nur an ihr, sondern auch verübt an den Kindern, die in den Augen der radikalen Islamisten nichts



Als „einen Engel, von Gott geschickt“ bezeichnen Fatima Abidi, Tarek Ramdani und ihre zwei Kinder – die aus Angst vor Verfolgung nicht erkannt werden wollen – Anna Radke. Die 78-Jährige hat die algerische Familie, die vor rund acht Jahren aus einem Gebiet nahe der tunesischen Grenze über das Mittelmeer floh, in ihrer kleinen Innenstadt-Wohnung aufgenommen.

Foto: Björn Wisker

wert seien. „Nicht im Schlaf. Sie werden uns mit Messern hinhinrichten, den Hals durchschneiden.“ Salafistische Familien wie ihre seien geschlossene Zirkel, da gebe es keine staatliche, polizeiliche Kontrolle oder Hilfe. Ge-regelt werde alles innerhalb der Sippe – auch Auftrag und Aus-führung zu dem, was eben als „Ehrenmord“ bekannt ist. „Um das zu verstehen: In deren Augen habe ich die Familie kaputt gemacht, Schande über sie gebracht. Ich bin für sie, die sich als einzige nicht mit einem ausgesuchten Salafisten hat verheiratet lassen, der schwarze Fleck auf einem weißen Tischtuch.“

Und was droht ihrem Mann? In Algerien gibt es gegen ihn – gestellt von der Familie seiner Frau – eine Anzeige wegen Entführung; sofort nach der Landung in der Hauptstadt Algier würde Ramdani verhaftet und käme wohl 15 Jahre ins Gefängnis. Eine Befürchtung, die trotz OP-Recherchen bei algerischen Behörden kaum nachprüfbar ist.

Bangen im Flugzeug: Pilot weigert sich zu starten

All das geht den Eltern durch den Kopf, als sie von Polizisten in das Flugzeug geführt werden, dort festgeschnallt im Fli-ger sitzen. Als „die schlimmste Viertelstunde meines Lebens“ bezeichnet Ramdani das, was auf dem Rollfeld passierte. 15 Minuten lang saßen er und seine Familie im Flugzeug, als plötzlich ein Akt der Menschlichkeit sie vor der Abschiebung bewahrte – und diese Menschlichkeit kam aus einer unerwarteten Richtung: Der Pilot der Maschine weigerte sich, die hochschwangere, vor Schmerzen schreiende Frau mitzunehmen, da kein Arzt an Bord war. Wie auch der körperliche Zustand Fatima Abidis selbst, eine Tatsache, die laut Schilderung der Betroffenen den deutschen Staatsvertretern egal war. „Das war wie eine Scheinhinrichtung“, sagt die 30-Jährige, die laut ärztlicher Bescheinigung auch körperliche Blessuren davon trug, im Rückblick. Die Marburger Polizei bestätigt die Verweigerung des Fluggersonals – allerdings seien sehr wohl polizeiliche als auch ein ärztlicher Begleiter dabei gewesen. Nach OP-Informationen war das aber ein Allgemeinmediziner, der nach vorliegenden Unterlagen „keine gesundheitlichen

Beschränkungen“ feststellte – aber eben kein Fach-, also Frauenarzt.

Die gegenwärtigen Probleme des algerischen Familie, die in der Polizeiaktion von Mitte Januar mündeten, sind in Teilen selbstverschuldet: Als sie 2011 in Deutschland ankamen, scheuten sie den Gang zu Behörden – aus Angst vor Informationsweitergabe an ihr Herkunftsland, wie sie sagen. Sie beantragten also kein Asyl, lebten drei Jahre lang illegal in Deutschland. Dann, im Jahr 2014 – immer noch ein Jahr vor dem Deutschland so verändernden Flüchtlingsstrom – stellten sie den Antrag, nicht zuletzt wegen der Schwangerschaft, dem Traum vom ersten Kind, der damit verbundenen medizinischen Versorgung. Denn: Mit dem Schwarzarbeiter-Lohn Tarek Ramdanis konnten irgendwann neben Miete und Lebensmitteln nicht auch noch die Arztbesuche bezahlt werden. In den zwei Folgejahren nach der Antragsstellung sei für die junge Familie alles problemlos verlaufen, doch ab Anfang 2016 – also zeitgleich zum politisch-gesellschaftlichen Stimmungsumschwung in der Flüchtlingsfrage – habe der Druck stetig zugenommen.

Die Situation des Paares könnte zudem mit dem schlechten Image ihrer Landsleute zutun haben, denn Algerier gelten staatlichen Sicherheitsbehörden – auch in Mittelhessen – als eine der größten Problemnationalitäten was Straftaten angeht. Das geht aus polizeilichen Kriminalstatistiken der vergangenen Jahre hervor, wo eine Vielzahl vor allem an Rauben und schweren Diebstählen auf Algerier zurückzuführen ist.

Aus dem Druck wurde laut Radke auch in Mittelhessens Ausländerbehörden irgendwann Gängelei, endete letztlich in einer Spontan-Abschiebung – genau an dem Tag, als der Bundestag beschloss, dass Algerien sicherer Herkunftsland werden soll. Die Flüchtlingshelferin hegt daher einen Verdacht: Da sie am Tag vor dem Polizeieinsatz die notarielle Beurkundung einer Adoption Fatimas fix hatte, hätten die Behörden „noch ganz schnell Fakten schaffen wollen“. Denn künftig,

wenn die Adoption vor Gericht genehmigt wird, würden die Behörden – auch wenn sich an Abidis Staatsangehörigkeit nichts ändert – faktisch die Tochter einer Deutschen abschieben. Und das, so glaubt nicht nur Radke, wäre rechtlich wie politisch extrem heikel.

Helferin: „Was sind wir ohne Menschlichkeit denn noch?“

Wieso dieser Einsatz, dazu mit 78 Lebensjahren? „Und wenn es das letzte ist, was ich in meinem Leben tue: Ich schütze diese Familie, wie ich es nur kann. Es sind gute Menschen, die zum Wohl der Gesellschaft beitragen wollen und können. Ich, wir, das nahe Umfeld kennen sie am besten – es sind herzengute Menschen. Was sind wir ohne Menschlichkeit denn noch?“, sagt Radke. Für Radke ist die Flüchtlingsfamilie im Gegensatz zu dem, was Nazis und jene, die zwar rechtsradikal denken, aber nicht als Nazis bezeichnet werden wollen,

gerne behaupten, keine Kompensation. Radke hat leibliche Kinder, die ihr wiederum Enkel schenken. Aber: „Ich habe als Großmutter eben noch viel Liebe und Zuneigung zu geben. Diese Menschen sind mir nunmal ans Herz gewachsen, ich bin gesund und habe zeitliche Kapazitäten – wie könnte ich da anders handeln?“ Und weil das so ist, weil sie mit aller Macht beschützen will, soll die Adoption so schnell wie möglich gelingen. Ein Gesundheitszeugnis bescheinigt ihr schonmal die Befähigung dazu.

Für Radke gehören die vier Algerier zur Familie, zu der Polizeiaktion in Cappel sagt sie: „Ich habe gesehen, wie sie meine Tochter zum Schafott gebracht haben. Das vergesse und verzeihe ich nicht.“ Sie ist entsetzt über die Blockadehaltung der zuständigen Behörden, selbst die Härtefallkommission, die von der Familie vor Monaten einen mehrseitigen Brief zur persönlichen Lebensgeschichte bekommen habe, habe bis heute nicht mal gezeugt. „Nur noch weg, weg, weg – und sei es in den Tod. Das ist die Marschrichtung der deutschen Behörden. Dafür, für diese Rücksichtslosigkeit, für dieses

Deutschland schäme ich mich.“

Seit der gescheiterten Abschiebung hat die Ex-Studienrätin die vierköpfige Familie in ihrer Wohnung aufgenommen. „Das ist praktizierte Nächstenliebe.“ Ihr zu dicker Hund übt sich dabei in Traumatherapie: Er spielt mit den seit dem Abschiebe-Albtraum kaum mehr einen Laut von sich gebenden Kindern Mirel und Maria. Man müsse ihnen allen eine Chance geben, dann würden mehr Marburger sehen, dass sie eine Bereicherung für die Gesellschaft seien.

Und tatsächlich gibt es Belege dafür, dass es sich bei den Algeriern um Muster-Migranten handeln könnte. Ramdani hat – entsprechende Unterlagen liegen der OP vor – nach einem fast zweimonatigen Praktikum bei einer Firma am Görzhäuser Hof einen Ausbildungsplatz als Anlagenmechaniker zugesagt bekommen. Er lernt für den deutschen Führerschein, büffelt die Sprache. Schon in seinem Heimatort hatte er, der handwerklich geschickte Mann, eine Gas- und Wasserinstallations-Firma, einen bescheidenen Wohlstand, doch nach der Flucht aus Liebe sei das alles verloren. Abidi ist gelernte Friseurin, die Kinder sind bereits von Tagesmüttern aufgenommen worden. „Wir sind jung, haben Kraft und wollen keine Sozialhilfe. Mit einer Arbeitserlaubnis und Ruhe könnten wir etwas beitragen“, sagt Ramdani.

Doch die seit Jahren unklare Zukunftsperspektive samt der Angst vor der Abschiebung, dazu der Stress, der Lärm und die Aggressivität sowie das Fehlen jeder Privatsphäre in einer Gemeinschaftsunterkunft am Richtsberg setzen der Familie zu. Psychiater bescheinigen daher in der OP vorliegenden Dokumenten sowohl Ramdani als auch Abidi tagelange stationäre Behandlungen wegen „schwerer depressiver Störungen“ die auch medikamentös und teilstationär behandelt werden sowie „akuter Suizidalität“. Der 35-Jährige sagt, als er die Geschichte der vergangenen Jahre erzählt, immer wieder: „Ich bin fix und fertig, werde verrückt. Wie lange müssen wir denn noch in Angst leben?“

Erstmal muss die Familie jedenfalls mit weniger Geld auskommen – die Behörden strichen ihnen wegen der gescheiterten Abschiebung, einer „Ausreiseweigerung“, die Bezüge um 50 Prozent.

HINTERGRUND

Nur wenige Asylbewerber aus Algerien werden in Deutschland anerkannt – zuletzt 1,2 Prozent, bei rund 1500 Asylantragstellern im Jahr 2018. Vielmehr ist die Zahl der Abschiebungen in das Land in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. 2015 sind rund 60 Menschen in das Land gebracht worden, 2017 und im vergangenen Jahr dann jeweils rund 500.

Durch Einstufung eines Landes als sicherer Herkunftsstaat können Asylverfahren beschleunigt und die Antragsteller nach einer Ablehnung rascher abgeschoben werden. Dann gilt die Vermutung, dass es dort im Regelfall weder politische Verfolgung noch unzumutliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung gibt. Der Bundestag hat Algerien am 18. Januar 2019 – dem Tag der gescheiterten Abschiebung der Marburger Fam-

lie – als sicheres Herkunftsland eingestuft. Die Bundesrats-Entscheidung dazu am 15. Februar wurde vertagt. Rund 3500 ausreisepflichtige Algerier lebten laut Bundesbehörden Ende 2018 in Deutschland. Darunter waren 980 Menschen vollziehbar ausreisepflichtig, sie könnten also aus Sicht der Behörden sofort zurückgeflogen werden. Bei den übrigen etwa 2600 bestand eine Duldung. Heißt, sie sind zum Verlassen des Landes aufgefordert, doch mittelfristig verzichten Behörden auf die zwangsweise Vollstreckung.

Das Auswärtige Amt warnt deutsche Staatsbürger indes vor allem vor Reisen ins algerische Grenzgebiet etwa zu Tunesien – also dorthin, wo der Heimatort der Marburger Familie liegt. Grund: Terrorgefahr und eine „allgemein angespannte Sicherheitslage“.